



An den Grossen Rat

23.5109.02

JSD/P235109

Basel, 5. April 2023

Regierungsratsbeschluss vom 4. April 2023

## Interpellation Nr. 30 Pascal Messerli betreffend zunehmender Linksextremismus – was unternimmt die Regierung dagegen?

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 15. März 2023)

«Vergangene Ereignisse wie bspw. die Ausschreitungen an einer unbewilligten Demonstration von linksextremen Klimachaoten im Februar 2023 in der Basler Innenstadt, bei welcher

es u.a. zu verletzten Polizisten und einer massiven Gewalteskalation von gekommen ist, zeigen, dass in Basel-Stadt der Linksextremismus zu einem zunehmenden Problem wird. Auch das jüngste Beispiel, die unbewilligte Demonstration Linksextremer am 8. März 2023 bestätigt diese Annahme.

Auch der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) weist in seinen Berichten darauf hin, dass es in der Schweiz ein massives Problem mit Linksextremismus gibt. Im Jahr 2021 wurden gut 200 linksextreme Ereignisse gezählt, wovon über ein Drittel (81) gewalttätig waren.

Der Basler Extremismus-Experte Samuel Althof verglich bereits 2021 in einem Interview im BLICK die Linksaktivisten mit einer Sekte. Und sagte: «Sie sehen die Menschen, die sie angreifen, nur noch als Teil des Systems, das sie bekämpfen.» Dadurch sei die Hemmschwelle tiefer: «Das Opfer wird gar nicht mehr als Mensch gesehen, so entsteht ein enorm hohes Gewaltpotenzial.»

In Basel muss man mittlerweile, nicht nur wegen der Vielzahl an Demonstrationen Linksextremer, von einer ganzen Anschlagserie sprechen. So führte die Staatsanwaltschaft schon vor gut 1 ½ Jahren im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum diverse Verfahren. Dort wurden Mitarbeitende von Linksextremen angegriffen. Firmen, die mit dem Ausbau des Gefängnisses zu tun hatten, wurden Opfer von Brandanschlägen. Leider kann nicht festgestellt werden, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich diesem Thema annehmen will, obschon der Linksextremismus eine Gefahr für die Rechtsordnung in unserem Land ist. Leider wird, so muss man zumindest die Medienmitteilung im Nachgang zum Polizeieinsatz vom 8.3.2023 von SP, Grünen, BastA!, Jungen Grünem Bündnis und weitere linken Organisationen verstehen, der Linksextremismus in Basel-Stadt weitgehend toleriert. So passt auch, dass seit mehreren Wochen am Petersplatz neben dem Universitätsgebäude eine Flagge auf öffentlichem Grund zwischen zwei Bäumen hängen darf, die eine Solidarisierung mit Hausfriedensbrechern an Basler Schulen, die u.a. am Gymnasium Münster eine Aula besetzten, zum Ausdruck brachten. Wäre die Flagge von einer nicht der linken Szene zugeordneten Gruppierung aufgehängt worden, hätte der Kanton oder die Universität wohl schon längstens die Beseitigung in Angriff genommen.

Im Legislaturplan 2021-2025 des Regierungsrates werden diverse Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen festgehalten. Das Wort «Sicherheit» findet sich dort nirgends. Ebenfalls fehlt ein Abschnitt zur Bekämpfung von Linksextremismus.

Der Interpellant bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso findet sich im Legislaturplan kein Schwerpunkt zur Sicherheit oder der Bekämpfung des Linksextremismus?

2. Ist für den Regierungsrat die Bekämpfung des Linksextremismus unwichtig?
- 2.1 Falls ja: Ist dies dem Umstand geschuldet, dass Parteien, welche im Regierungsrat und im Grossen Rat fast die Mehrheit stellen, sich des Öfteren mit Linksextremen solidarisieren?
- 2.2 Falls nein, welche konkreten Massnahmen sind umgesetzt worden, um den Linksextremismus zu bekämpfen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, dass Thema «Bekämpfung des Linksextremismus», was nachweislich im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Demonstrationen in Basel steht, in den nächsten Legislaturplan aufzunehmen?
- 3.1 Falls nein: Weshalb nicht?

Das Kontrollorgan über den Staatsschutz im Kanton Basel-Stadt hielt in seinem Bericht 2021 fest, dass die Basler Abteilung des Nachrichtendienstes des Bundes, die FG9, dem «Extremismus nicht zu wenig Aufmerksamkeit schenken würde».

4. Ist diese Aussage dem Umstand geschuldet, dass dem Kontrollorgan mit dem der SP nahestehenden Staatsrechtsprofessor Markus Schefer, eine Person vorsteht, welche das Problem der Demonstrationen und Ausschreitungen in der Regel banalisiert?
5. Ist dieser Aussage weiter dem Umstand geschuldet, dass eine weitere Person des Kontrollorgans Mitglied der SP ist, welche mit ihrer Medienmitteilung zum besagten Polizeieinsatz vom 8.3.2023, den Pfad der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat?

Seit mehreren Wochen hängt zwischen zwei Bäumen vor der Universität am Petersplatz eine Flagge, welche sich mit illegalen Schulbesetzungen – wie diejenige am Gymnasium Münsterplatz von vor einigen Wochen – solidarisiert.

6. Weshalb haben der Kanton und die Universität nicht schon längstens, wie in anderen Fällen sonst immer, diese Flagge beseitigt?
7. Liegt dies daran, dass der Regierungsrat auf dem linken Auge blind ist und derartige illegale Aktionen ganz grundsätzlich immer dann toleriert, wenn sie von links kommen?

Pascal Messerli»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

## 1. Einleitung

Die gesellschaftliche Polarisierung und Fragmentierung geht mit dem Risiko von gewalttätigem Extremismus einher. Die gewalttätig-links- und rechtsextremistischen Szenen prägen im Bereich «gewalttätiger Extremismus» tatsächlich die Bedrohungslage. 2021 hat der Nachrichtendienst des Bundes schweizweit 202 Ereignisse im Bereich gewalttätiger Links- und 38 im Bereich gewalttätiger Rechtsextremismus beobachtet.

Themen des Gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten waren gemäss dem Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes *Sicherheit Schweiz 2022*<sup>1</sup> insbesondere der Antikapitalismus, der Antifaschismus und der sogenannte Kurdenkonflikt. Die Handlungsweise der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten sei in den vergangenen Jahren stets ähnlich geblieben: Die Szene veranstaltet Demonstrationen oder nimmt daran teil, verübt Sachbeschädigungen (zum Beispiel Farbanschläge oder das Einschlagen von Scheiben) und Brandstiftung. Sie setzt mitunter auch körperliche Gewalt ein. Ziel physischer Angriffe waren insbesondere als rechtsextremistisch wahrgenommene Personen oder anlässlich von Demonstrationen die Sicherheitskräfte.

---

<sup>1</sup> Nachrichtendienst des Bundes, Sicherheit Schweiz 2022, abrufbar unter <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/72368.pdf>.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Wieso findet sich im Legislaturplan kein Schwerpunkt zur Sicherheit oder der Bekämpfung des Linksextremismus?*
3. *Ist der Regierungsrat bereit, dass Thema «Bekämpfung des Linksextremismus», was nachweislich im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Demonstrationen in Basel steht, in den nächsten Legislaturplan aufzunehmen?*
  - 3.1 *Falls nein: Weshalb nicht?*

Der Legislaturplan bildet die politische Schwerpunktsetzung des Regierungsrates für jeweils vier Jahre ab. Damit informiert der Regierungsrat den Grossen Rat, die Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit über seine mittelfristige Planung. Der Legislaturplan zeigt auf, welche Herausforderungen auf den Kanton zukommen, wie der Regierungsrat diesen begegnen will und wohin der Weg führen soll. In der Legislatur von Februar 2021 bis Januar 2025 stehen für den Regierungsrat drei Schwerpunkte im Zentrum, die sich durch eine hohe Dringlichkeit auszeichnen: Dies sind die Bewältigung der Corona-Pandemie, die Digitalisierung und der Klimaschutz. Ausgehend von den drei übergeordneten Schwerpunkten und mit Blick auf zentrale Herausforderungen hat der Regierungsrat zudem sechs Ziele mit insgesamt 46 Massnahmen in den Legislaturplan aufgenommen. Beim Thema Sicherheit steht die Cyberkriminalität (Massnahme 44) im Zentrum. Unabhängig vom Legislaturplan des Regierungsrats geniesst die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kanton höchste Priorität – egal ob diese durch Links- oder Rechtsextremismus bedroht wird.

Ob weitere Punkte im nächsten Legislaturplan aufgenommen werden, entscheidet der Regierungsrat nach den Gesamterneuerungswahlen ab Februar 2025.

2. *Ist für den Regierungsrat die Bekämpfung des Linksextremismus unwichtig?*
  - 2.1 *Falls ja: Ist dies dem Umstand geschuldet, dass Parteien, welche im Regierungsrat und im Grossen Rat fast die Mehrheit stellen, sich des Öfteren mit Linksextremen solidarisieren?*
  - 2.2 *Falls nein, welche konkreten Massnahmen sind umgesetzt worden, um den Linksextremismus zu bekämpfen?*

Dem Regierungsrat ist sowohl die Bekämpfung von gewalttätigem Linksextremismus als auch die Bekämpfung von jeder anderen Form von Gewalt wichtig. Die Gewaltbekämpfung und Strafverfolgung obliegt in erster Linie den kantonalen Strafverfolgungsbehörden. Unterstützt werden diese durch den Nachrichtendienst des Bundes. So dient deren Informationsbeschaffung und -bearbeitung gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. a. Ziffer 5 des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) explizit auch der Früherkennung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus.

4. *Ist diese Aussage dem Umstand geschuldet, dass dem Kontrollorgan mit dem der SP nahestehenden Staatsrechtsprofessor Markus Schefer, eine Person vorsteht, welche das Problem der Demonstrationen und Ausschreitungen in der Regel banalisiert?*

Das Kontrollorgan untersucht die Tätigkeiten des Kantonalen Nachrichtendienstes (KND) zum gewaltbereiten Linksextremismus seit seiner Schaffung im Jahr 2010 mit grosser Intensität. Es lässt sich vom KND regelmässig über die diesbezüglichen neuen Erkenntnisse informieren und hat im Verlauf der Jahre eine dreistellige Zahl entsprechender Dossiers kontrolliert. Dabei konnte festgestellt werden, dass der KND diesen Fragestellungen die erforderliche Bedeutung zumisst.

In der Zeit von 2010 bis 2019 erfolgte die Kontrolle schwergewichtig im Hinblick auf gewalttätigen Linksextremismus; seit 2019 werden zudem die Tätigkeiten des KND im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus verstärkt überprüft. Die Wahrnehmung des Interpellanten, wonach Professor Markus Schefer Probleme der Demonstrationen und Ausschreitungen «in der Regel banalisiert», entbehrt jeglichen Grundlagen.

5. *Ist dieser Aussage weiter dem Umstand geschuldet, dass eine weitere Person des Kontrollorgans Mitglied der SP ist, welche mit ihrer Medienmitteilung zum besagten Polizeieinsatz vom 8.3.2023, den Pfad der Rechtsstaatlichkeit verlassen hat?*

Der Regierungsrat weist die vom Interpellanten formulierte Kritik an den vom Regierungsrat gewählten Mitgliedern des Kontrollorgans klar zurück. Das Kontrollorgan ist ausgewogen zusammengesetzt aus Personen, die keine anderen aktiven politischen Mandate ausüben.

6. *Weshalb haben der Kanton und die Universität nicht schon längstens, wie in anderen Fällen sonst immer, diese Flagge beseitigt?*
7. *Liegt dies daran, dass der Regierungsrat auf dem linken Auge blind ist und derartige illegale Aktionen ganz grundsätzlich immer dann toleriert, wenn sie von links kommen?*

Die Allmendverwaltung lässt unerlaubte Aufhängungen entfernen, sobald sie auf diese aufmerksam gemacht wird oder sie bemerkt. Entsprechend wurde die Flagge auch entfernt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin